

Die Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz: Parallelen und Unterschiede

Eckhard Jesse

1. Einleitung

Das Jahr 2026 ist ein „Superwahljahr“. Neben den beiden Wahlen im Südwesten Deutschlands – in Baden-Württemberg am 8. März und in Rheinland-Pfalz am 22. März – finden drei Wahlen im Nordosten des Landes statt, am 6. September in Sachsen-Anhalt und am 20. September jeweils in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die zwei Wahlen im Südwesten, gut ein Jahr nach den Bundestagswahlen, wurden mit großer Spannung erwartet. Könnte Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg das Amt des Ministerpräsidenten behaupten und die SPD das in Rheinland-Pfalz? Würde die krisengeplagte FDP erneut in beide Landtage einziehen und Die Linke erstmals? Schließlich: Nimmt der Erfolgskurs der AfD weiterhin seinen Lauf, nun auch im Westen?

Dieser Beitrag analysiert nach einem Überblick zu den Spezifika von Landtagswahlen den Wahlausgang in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, der mit vielen Superlativen aufwartete. Ein Vergleich ergibt mehr erstaunliche Parallelen als Unterschiede. Zum Schluss folgt ein Ausblick auf die drei Landtagswahlen

im September sowie auf die fünf im Jahr 2027 – mit einigen Erklärungsversuchen.

2. Spezifika von Landtagswahlen

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland können an vier Wahlebenen partizipieren: im Bund, im Land, in Europa und in der Kommune. Die Bundestagswahlen, regulär nach vier Jahren anberaumt, sind „Hauptwahlen“, bei denen die Wahlbeteiligung am höchsten von allen Wahltypen ausfällt, Europawahlen, jeweils in einem Rhythmus von fünf Jahren, hingegen „Nebenwahlen“: in der Regel gekennzeichnet durch bundespolitische Themen, für die die Wahl überhaupt nicht bestimmt ist sowie eine niedrige Beteiligungsquote, die in der Regel unter der bei Landtags- und Kommunalwahlen liegt; ferner durch eine vergleichsweise hohe Stimmzahl für kleine Parteien, da das Elektorat ihnen angesichts der als weniger relevant angesehenen Bedeutung dieser Wahlebene die Stimme eher gibt. Bei Kommunalwahlen – für fünf Jahre (Bayern: sechs; Bremen: vier) – spielen bundespolitische Gesichtspunkte die



Prof. (em.) Dr. Eckhard Jesse

Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft